

Braucht der Alpenschutz auch eine Umsetzungsinitiative?

Für eine zweite Röhre spricht nur der Sicherheitsaspekt. Deshalb wird dieses Argument von den Befürwortern auch ins Zentrum ihrer Abstimmungskampagne gerückt. Werden die Unfälle im Gotthardtunnel mit jenen auf dem gesamten Schweizer Strassennetz verglichen, verliert dieses Argument jedoch stark an Bedeutung: Von 1999 bis 2009 gingen 0,03 Prozent der rund 28'000 Verletzten pro Jahr auf

den Gotthardt zurück sowie 0,3 Prozent der 469 Toten. Sogar das BfU (Beratungsstelle für Unfallverhütung) kommt deshalb zum Schluss: «Im Vergleich zum gesamtschweizerischen Unfallgeschehen ist das Rettungspotenzial gering». Durch die Verlagerung der Transitlastwagen auf die NEAT wird das Hauptunfallrisiko in Zukunft eliminiert. Es ist jetzt wirklich der falsche Zeitpunkt, diese zweite Röhre zu be-

schliessen, bevor die NEAT in Betrieb ist. Die negativen Auswirkungen für die Güterverlagerung auf die Schiene wären bei einer Annahme der Vorlage offensichtlich. Das Schweizer Volk hat 1994 den Bund beauftragt, die Menschen in den Alpentälern vor dem Strassen- transitverkehr zu schützen. Braucht es zu jedem Volksentscheid zusätzlich eine Umsetzungsinitiative?

Bruno Seiler, Zug

Fehlinvestition zweite Röhre

Mit kürzlich publizierten Variantenstudien und Zahlenvergleichen ist klar ausgewiesen worden, dass der bisherige Strassentunnel saniert werden kann ohne 2. Röhre und dass akzeptable Ersatzlösungen mit Verladen auf die NEAT problemlos realisierbar sind. Es kommt auch heraus, dass die Sanierung des bisherigen Tunnels gar nicht dringend, sondern nur Vorwand ist und dass mit der 2. Röhre nur eines bezweckt wird, nämlich

dem Druck der Autolobby nachzugeben. Würde man mit diesen für die 2. Röhre benötigten zwei Milliarden eine andere Investition machen, z.B. in Sonnenenergieanlagen, könnten wir das, was wir an solchen Anlagen bisher gebaut haben gerade etwa verdoppeln. Dies würde uns dem Ziel der Energie- wende näher bringen. Mit einer 2. Röhre geht es genau rückwärts: Man wird die Attraktivität des motorisierten Individualverkehrs und

Schwerverkehrs auf der Strasse erhöhen. Bisherige Anstrengungen des Verlagerens des Schwerverkehrs von der Strasse auf die Bahn werden unterlaufen. Damit wird die CO2-Belastung noch erhöht! Und dann ist das Ganze auch noch verfassungswidrig! Das Volk hat einmal einer Alpeninitiative zugestimmt! Nun muss es sich gegen diese Missachtung wehren, auf jedem Stimmzettel muss stehen: Nein!

Jean-Pierre Prodolliet, Cham

Professoren machen mobil

Eine Gruppe von Rechtsgelehrten warnen vor einem «Ja» bei der Durchsetzungsinitiative. Ausgerechnet jene Gruppe, die im Grunde genommen die Verantwortung für die Kuscheljustiz und die lasche Rechtsprechung an unseren Gerichten trägt. Hätten diese Toleranzromantiker und die Gerichte die Ausschaffungsinitiative ernst genommen und umgesetzt, wäre die Durchsetzungsinitiative überflüssig. Sie kritisieren nun zu Recht, das richterliche Ermessen werde ein-

geschränkt. Das wurde notwendig, weil Sie sich nicht an Volksentscheide halten wollen, weil sie in gutem menschlicher Manier oft die Interessen krimineller Ausländer über die Interessen unseres Landes und der Schweizer Bevölkerung stellen. Professor Killias befürchtet, viele verurteilte kriminelle Ausländer würden illegal hier bleiben. Das gleicht einer Bankrotterklärung unserer Justiz. Genau deshalb braucht es die Durchsetzungsinitiative. Was wäre, wenn die Schweiz den Län-

dern, die keine Rückschaffungen gewähren, die Entwicklungshilfegelder umgehend streichen würden? Das Problem wäre möglicherweise sofort vom Tisch. Übrigens würden kriminelle Ausländer rigoros ausgeschafft, hätte der überwiegende Teil der anständigen Zuwanderer in unserm Land ein wesentlich besseres Image und wir alle sehr viel mehr Sicherheit. Wie lange geht das noch so weiter und wo soll das hinführen?

Claudio Granja, Oberägeri

Wegen Bagatellen wird keiner ausgeschafft!

Kein Ausländer wird wegen eines Bagatelldelikts (z. B. wegen einer Polizeibusse) aus der Schweiz ausgewiesen. All diese Lügen – vor denen die Gegner nicht zurückschrecken, sind dieselben wie seinerzeit 2010 – und diese gilt es zu entlarven. Entweder geht es um schwerste Verbrechen, die als Folge einer rechtskräftigen Verurteilung bei Ausändern nach Verbüßung der Strafe zu einer direkten Ausweisung führen oder es geht um Wiederholungstaten, welche gewiss

keine Bagatellen darstellen. Es gilt den Deliktskatalog zu lesen. Auch eine Verurteilung wegen Sozialmissbrauchs setzt schliesslich betrügerische Absichten voraus. Es ist richtig, dass, wer wissentlich unsere Sozialwerke plündert und damit echt Bedürftigen die finanziellen Mittel entzieht, die Schweiz verlassen soll. Ich muss auch darauf hinweisen, dass heute leider die Arbeit vieler Strafrichter darin besteht, Wiederholungstäter nochmals und nochmals zu verurteilen.

Die exorbitanten Kosten für diesen Leerlauf, aber auch für die Gefängnisse und die zahlreichen Therapien sind damit noch gar nicht erwähnt. Da sich Bundesrat und Parlament bisher geweigert haben, den klaren Volksentscheid vom November 2010 umzusetzen, wurde die vorliegende Durchsetzungsinitiative nötig. Mit einem deutlichen Ja soll der Volkswille am 28. Februar 2016 endlich durchgesetzt werden!

Flavio Roos, Risch

Ein Neujahrslob für die Schweizer Demokratie

Nach dem krisendurchzogenen Jahr 2015 bin ich besonders dankbar für unser politisches System, das uns nicht über unsere Köpfe hinweg in hausgemachte Krisen (Stichwort: Euro) stürzt, sondern uns Bürger als mündig erachtet und an wichtigen Entscheidungen teilhaben lässt. Unserer direkten Demokratie haben wir viele friedliche und erfolgreiche Jahre zu verdanken. Wir müssen sie schützen und gegen Bestrebungen, sie zu untergraben, vorgehen. Ein Blick über die Grenze zeigt uns, wohin die Alternative zur direkten Demokratie führt. Für die Europäische Union hat sich die Einstellung hinter EU-Kommissionspräsident Juncker's berühmten

Satz «wenn es ernst wird, muss man lügen» nun gerächt. Weder bei der Euro- noch der Flüchtlingskrise hat die EU nachhaltige Lösungen gefunden. Brüsseler Bürokraten sind eben nicht besser geeignet, über jene «hochkomplexen Themen» zu entscheiden, welche die Gegner der direkten Demokratie dem Volk nicht zutrauen. Das Ansehen der EU ist so tief wie noch nie; die kritischen Stimmen in allen Mitgliedsstaaten sind lauter denn je. Die heutige EU mit ihren endlosen Krisen und Aber-tausenden von Gesetzen und Richtlinien hat kaum noch etwas mit dem Traum des «Europäischen Friedensprojektes» zu tun. Nur dank unserer Volksentscheide sind wir nicht

in der Mitte dieses Scherbenhaufens! Lasst uns daher auch im neuen Jahr für eine unabhängige, neutrale Schweiz eintreten und unsere Rechte als Bürger wahrnehmen. Schon im Zivilverteidigungsbüchlein von 1969 stand: «Wenn wir dafür eintreten wollen, dass unser Staat verbessert und modernisiert werde, dann muss uns das zunächst einmal erlaubt sein, das heisst, wir müssen die Freiheit der Entscheidung haben. Nationale Unabhängigkeit ist Grundvoraussetzung jeder konstruktiven Tätigkeit auf innenpolitischem Gebiet.» Diese Freiheit der Entscheidung muss auch in Zukunft in der Schweiz erhalten bleiben. *Georg Meyer, Baar*

Schluss mit diesem schädlichen Unsinn!

Die SVP tritt gegen die Ausländer, trifft aber die Schweiz. Auch diese Initiative verspricht Resultate, die nicht einlösbar sein werden. Wer

unserem Land nicht noch zusätzliche unlösbare Probleme bereiten will, sagt Nein zur Verschärfungsinitiative. *Urs E. Meier, Oberwil*

Ja zur Durchsetzungsinitiative

Da die negativen Entwicklungen der Personenfreizügigkeit bezüglich Sicherheit, aber auch im Bereich der Sozialwerke Jahr für Jahr deutlicher werden, aber von Regierungen und vielen Politikern europaweit seit Jahren kleingeredet oder gar verleugnet werden, sind griffige Korrekturen längst überfällig. Das Schengen-Dublin-System, das die sicherheits- und asylpolitischen Massnahmen der beteiligten Staa-

ten ergänzen soll, funktioniert bekanntlich ebenfalls nicht. Unter diesen Umständen ist ein Ja zur Durchsetzungsinitiative die logische Konsequenz. Eine klare und konsequente Ausschaffungspraxis ist ein unerlässlicher Baustein in einem System, welches die zunehmenden Probleme im Bereich Migration und Kriminalität in den Griff bekommen soll.

Daniel Eichenberger, Baar

Ich lehne die SVP-Initiative ab

Mit der Durchsetzungsinitiative der SVP wird der für einen Rechtsstaat zentrale Verhältnismässigkeitsgrundsatz bei staatlichem Handeln mit Füßen getreten. Einerseits, indem dieser bei den Betroffenen ausser Kraft gesetzt wird und andererseits den Gerichten die Kompetenz entzogen wird, eine für die Schwere der vorgesehenen Sanktion – die Ausschaffung – adäquate Einzelfallbeurteilung vornehmen zu können. Zudem ist sie auch nicht er-

forderlich. Denn mit der von Volk und Ständen angenommenen Ausschaffungsinitiative und deren bundesrechtlichen Umsetzung besteht bereits eine harte und rechtsstaatlich vertretbare Regelung bezüglich der Ausschaffung von straffälligen Ausländern. Die populistische und eines Rechtsstaates unwürdige SVP-Durchsetzungsinitiative, über die wir am 28.2. abstimmen, lehne ich deshalb entschieden ab.

Adrian Andermatt, Baar

Spekulation mit Nahrungsmitteln

«Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit» war die Losung der französischen Revolution. Sie harret immer noch der Verwirklichung. Im Kommunismus wurden Gleichheit und Brüderlichkeit auf Kosten der Freiheit verordnet. In Russland genügte ein falsches Wort, um im Gulag, im Straflager, zu landen. Es herrschte Riesenfreude als Gorbatschow die Perestroika brachte. Aber nicht lange. Bald hatten sich Oligarchen das Volksvermögen unter den Nagel gerissen und damit Firmen und Hotels in der Schweiz und anderswo gekauft. Die Alten und Arbeitslosen mussten hungern. – Bei uns im Kapitalismus wird Freiheit gross geschrieben, aber wo

bleiben Gleichheit und Brüderlichkeit? Brüderlichkeit beginnen wir nun mit den Flüchtlingen zu üben. Was ist mit der Gleichheit? Wo nehmen unsere Investoren, Banken und Oligarchen das Geld her? Sie haben es wie in Russland mit ihren Börsentricks, Börsen gleich Spielhöllen der Welt, der Allgemeinheit legal gestohlen. Das alte System mit Adel und Untertanen ist mit neuen Köpfen wieder auferstanden. Es wird Zeit, dass wir den Kapitalismus um zwei Drittel zurückstutzen. Das Verbot der Spekulation mit Nahrungsmitteln wäre ein schwacher Anfang – aber immerhin ein Anfang.

Alex Nyfeler, Baar

Klares Bekenntnis zur Schweiz ...

... klares Ja zur Durchsetzungsinitiative. Am 28. Februar 2016 stimmt die Schweiz über die Annahme der «Durchsetzungsinitiative zur Ausschaffung krimineller Ausländer» ab. Ich als Kleinunternehmer habe mir dazu einige Gedanken gemacht. 150 Schweizer Rechtsprofessoren haben ein Manifest gegen das Volksbegehren unterschrieben. Sie kritisieren unter anderem, dass die Initiative Menschen- und EU-Recht verletze. Dabei geht es lediglich um die schnelle Ausschaffung von Ausländern, die in grober Weise unser grosszügiges Gastrecht für ihre kriminellen Handlungen wie Sozialmissbrauch, Raub, Betrug und weitere Delikte ausnützen. Es geht dabei nicht um Einmischung in die Justiz oder Beschneidung der Urteilskraft von Richtern, sondern darum, klare Verhältnisse zu schaf-

fen, wer unser Land nach einem Strafverfahren verlassen muss. Mehrere Länder fahren seit kurzem einen äusserst restriktiven Kurs. Auf diese Weise wollen sie der Einwanderung von ungebetenem «Gästen» Einhalt gebieten. Ich als Bürger bin nicht bereit, Asylverfahren und zusätzliche Gefängnisplätze mit Steuergeldern zu finanzieren. Gegen die Aufnahme von Flüchtlingen aus Krisengebieten, die unsere Gesetze und Kultur akzeptieren und sich integrieren, ist nichts einzuwenden. Für Ausländer, die aber unsere Gastfreundschaft missbrauchen und unser Sozialsystem aushebeln, sollen die neuen Massstäbe der Durchsetzungsinitiative gelten. Ein Ja zur weltoffenen Schweiz – Ein klares Nein an die Adresse von Profiteuren und Kriminellen.

Walter Birrer, Cham